

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Kabinett gebilligt

Mit überwältigender Mehrheit hat das polnische Parlament am Dienstag der Kabinettsliste von Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki zugestimmt und damit die erste nicht von Kommunisten geführte Regierung seit dem Zweiten Weltkrieg im Amt bestätigt. Das Kabinett wurde vom Sejm mit 402 Stimmen ohne Gegenstimme bei 13 Enthaltungen gebilligt.

Norwegen wählt

Erdrutschartige Wählerwandelungen mit starken Verlusten für die regierende Arbeiterpartei und die grösste Oppositionspartei, die Konservativen, kennzeichnen das Ergebnis der norwegischen Parlamentswahl. Zugleich kam es zu spektakulären Gewinnen für die rechtsextreme Fortschrittspartei sowie die Sozialistische Linke. Trotzdem bekräftigte Ministerpräsidentin Brundtland ihre Entschlossenheit, weiter im Amt zu bleiben.

Berufungsverhandlung

Vor dem schwedischen Appellationsgerichtshof hat die Berufungsverhandlung im Mordfall des ehemaligen schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme begonnen. Mit der Revision will die Verteidigung den Freispruch des vom Stockholmer Stadtgericht im Juli des Mordes an Palme für schuldig befundenen und zu lebenslanger Haft verurteilten Christer Pettersson erreichen.

Zhao nicht vor Gericht

Chinas Regierung will davon absehen, den im vergangenen Juni abgesetzten Parteichef Zhao Ziyang vor ein Gericht zu stellen. Vor ausländischen Journalisten betonte der stellvertretende Kultusminister Ying Ruocheng, Zhao müsse nicht mit einem Gerichtsverfahren rechnen. «Zhao Ziyang ist bereits bestraft», betonte der Minister in Anspielung auf die Entlassung Zhaos aus allen Parteiämtern. Er stehe auch nicht unter Hausarrest.

Zinsen dämpfen Schweizer Wohnungsbau

Basel (spk) Die Zinshausse des laufenden Jahres wird 1990 zu einer gewissen Dämpfung der überhitzten Baukonjunktur in der Schweiz führen. Zu erwarten ist ein Rückgang des Baus von Einfamilienhäusern, aber auch – in verzögerter und abgeschwächter Form – eine Rezession beim Mehrfamilienhausbau. Dagegen bleibt der industriell-gewerbliche Bau auf Expansionskurs.

Dies sagt eine am Dienstag veröffentlichte Prognose der Basler Arbeitsgruppe für Konjunkturforschung (BAK) und der Firma Planconsult über den Hochbau in den Jahren 1989 bis 1995 voraus.

Für das laufende Jahr rechnet die Studie noch mit einem Anhalten der Baukonjunktur sowie mit einer Bauteuerung, die wiederum deutlich über der allgemeinen Teuerungsrate liegen werde. Infolge der gestiegenen Zinsen sei 1990 aber eine Rückbildung der Aufwendungen für den Neubau von Einfamilienhäusern um 0,2 auf 5,8 Mrd Franken zu erwarten.

DENNER-Satellit

Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen

Schaan-Vaduz

Hirschkraut gekocht
500 g Fr. 10.75

Spätzle
500 g Fr. 2.75

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.

Weiterer Schutz gegen die Hortung von Bauland

Entwurf für die Änderung des Grundverkehrsgesetzes liegt vor – Vernehmlassungsverfahren läuft

(G.M.) – Verknappung des Bodens, Kampf gegen die Bodenhortung, Bodenpreiserhöhung, Mietzinsentwicklung – das sind einige der Stichworte, die sowohl in der Schweiz als auch in unserem Land derzeit die Gemüter bewegen. Die Regierung hat vor einiger Zeit eine Vorlage zur Änderung des Grundverkehrsgesetzes in die Vernehmlassung gegeben. Gegenüber dem geltenden Gesetz sollen vor allem die Artikel, die sich mit Grundstückserwerb und Grundstückveräußerung befassen, geändert werden.

Seit Inkrafttreten des Grundverkehrsgesetzes am 14. Januar 1975 sind im Landtag verschiedene Vorstösse unterommen worden, um den mit Stichworten Bodenhortung und Grundstücksspekulation umschriebenen Problemen zu begegnen.

So reichten vor einigen Jahren VU-Abgeordnete ein Postulat ein, das ein Vorkaufsrecht für die Gemeinden beim Kauf von Grundstücken aus ausländischer Hand forderte. Eine VU-Interpellation veranlasste die Regierung im letzten Jahr, eine Bestandaufnahme über die Änderungen im Grundverkehr zu erstellen und die Frage zu klären, über wieviel Grundbesitz die Erwerber von Grundeigentum zum Zeitpunkt des neuerlichen Bodenerwerbs bereits verfügten.

Dieser Bericht war der Auslöser einer VU-Motion mit der Forderung, das Grundverkehrsgesetz in einem Punkt zu ändern, nämlich dass der Rückkauf aus ausländischer Hand nicht als «berechtigtes Interesse» einzustufen sei. Ausserdem reichte die FDP-Fraktion ein Postulat mit der Forderung nach Massnahmen ein, um der «raschen Entwicklung der Bodenpreise» entgegenzutreten zu können. Ein weiterer Vorstoss im Landtag befasste sich mit der Notwendigkeit zur Überarbeitung des Baugesetzes, dessen Bestimmungen über Ausnützungsziffern und Ausmasse in enger Verbindung mit den Bodenpreisen stehen.

Keine Genehmigung erforderlich

Nach der Vernehmlassungsvorlage bedarf der Erwerb von Grundstücken keiner Genehmigung, wenn es sich um Ehegatten oder nahe Verwandte handelt, die Gemeinden oder das Land zu den Erwerbern gehören, die Erwerber bereits Mit- oder Gesamteigentümer sind sowie wenn es sich um eine Zwangsversteigerung handelt. Hier gilt allerdings die Einschränkung, dass es sich um eine volljährige Person mit Wohnsitz oder um eine juristische Person mit Sitz im Inland handelt, sofern es eine juristische Person des öffentlichen Rechts ist oder Zwecken der Fürsorgeeinrichtung dient.

Berechtigte Interessen

Neu gefasst werden in der Regierungsvorlage die Bestimmungen über «berechtigtes Interesse», das zum Kauf von Grundstücken notwendig ist. Die neue Vorlage umfasst ein Dutzend Gründe, die als berechtigtes Interesse gelten: Teilweise wurden diese Gründe vom geltenden Gesetz übernommen, teilweise sind sie neu gefasst worden.

Die Gesetzesvorlage erachtet das berechtigte Interesse als gegeben, sofern es sich um die «Deckung des gegenwärtigen oder künftigen Wohnbedürfnisses» oder zur «Deckung eines gegenwärtigen Erholungsbedürfnisses» handelt. Ferner wird der Erwerb landwirtschaftlichen Bodens als berechtigtes Interesse angesehen sowie der Kauf von Baugrund, wenn noch kein oder nur geringer Grundbesitz vorliegt. Die Forderung nach berechtigtem Interesse wird auch erfüllt, wenn das Grundstück dem Erwerber für die Errichtung einer Betriebsstätte für einen Handels-, Fabrikations- oder Dienstleistungsbetrieb dienen soll. Unter Erfüllung verschiedener Auflagen kann ein Grundstück auch erworben werden zur Überbauung mit Eigentums- oder Mietwohnungen, wobei die Einplanung von gewerblichen Räumlichkeiten ebenfalls zulässig ist.

Bereits rund 10 000 DDR-Flüchtlinge registriert

Die grenznahen Flüchtlingslager in der Bundesrepublik sind bereits völlig belegt

München (AP) Die grenznahen bundesdeutschen Lager zur Unterbringung von Flüchtlingen aus der DDR sind seit Dienstag morgen vollständig belegt. Bis zum Vormittag waren nach Schätzung des Koordinierungsstabes in München annähernd 10 000 DDR-Bürger aus Ungarn in der Bundesrepublik eingetroffen. Die Bundeswehr habe Reserveunterkünfte bereitgestellt.

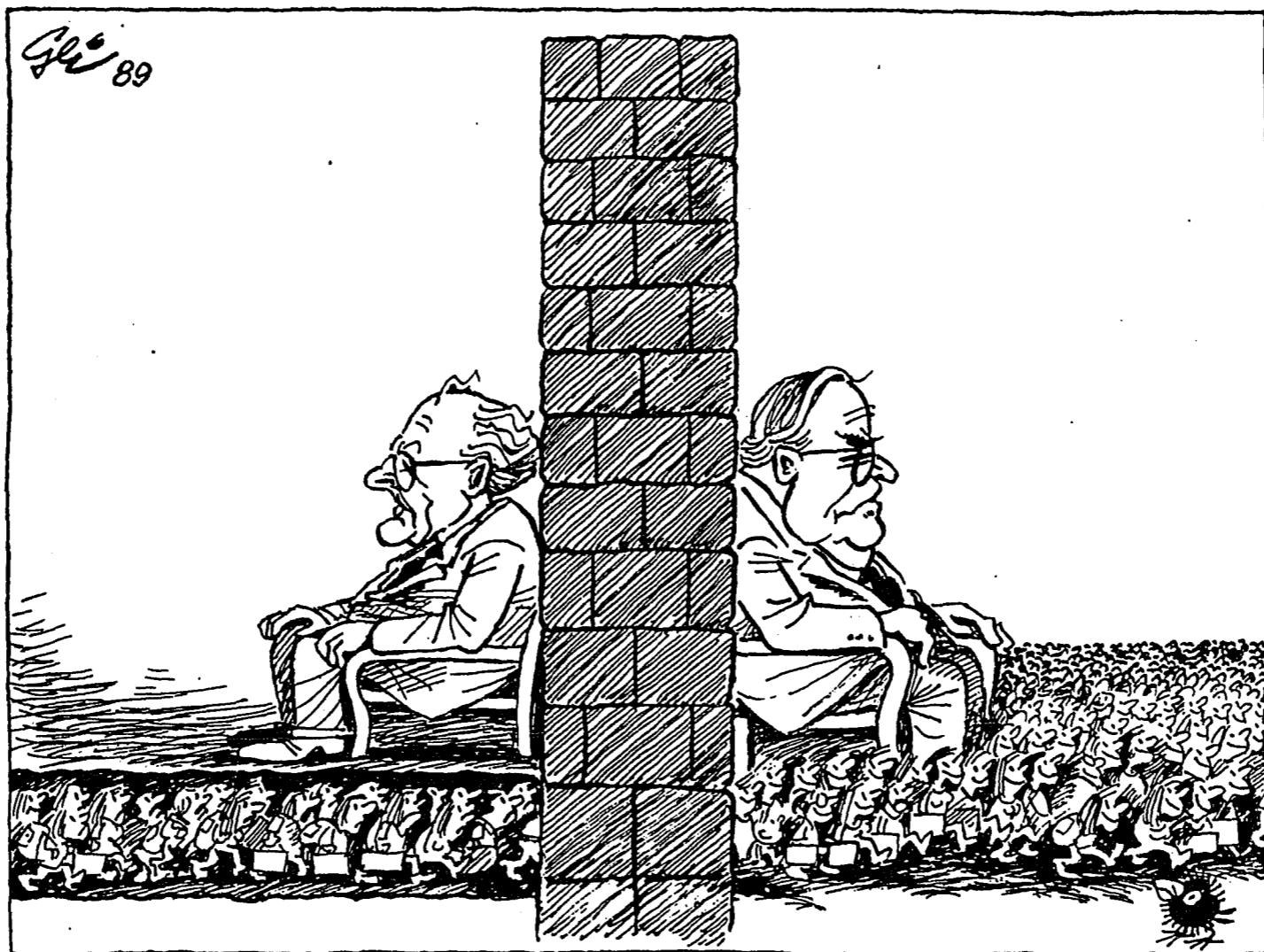
In Fulda bei Kassel seien 2600 zusätzliche Plätze hergerichtet worden. Nach Angaben der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn in Frankfurt wurden am Morgen die ersten Sonderzüge eingesetzt, mit denen DDR-Flüchtlinge von Passau und Freilassing aus in andere Bundesländer weiterreisten. Immer noch strömten DDR-Bürger nach Ungarn.

Im Laufe der Nacht wurden 6000 Flüchtlinge in Lagern untergebracht, wie der Sprecher des Koordinierungsstabes, Klaus Papenfuss, sagte. Wer im Privatwagen gekommen und zu müde gewesen sei, um in eines der Lager weiterzufahren, könne auch im Auto übernachtet haben. Dies seien jedoch Einzelfälle gewesen. Auch 950 Reserveunterkünfte der Bundeswehr seien völlig belegt. In Ingolstadt seien aber noch einmal 800 Plätze zusätzlich bereitgestellt worden.

In der Nacht waren nach Hunderten von DDR-Privatwagen rund 100 Busse mit Flüchtlingen in Bayern angekommen.

Nachdem Ungarn die Grenzen zu Österreich für DDR-Bürger geöffnet hatte, trafen nach Angaben der Regierung in

Budapest am Montag in ihrem Land noch rund 5000 DDR-Bürger ein, die über die Tschechoslowakei gekommen seien. Frühere Angaben, in denen von 16 000 DDR-Bürgern die Rede war, wurden nach einer Meldung der österreichischen Nachrichtenagentur APA inzwischen von ungarischer Seite korrigiert. Ein Beamter des Innenministeriums in Budapest sagte im Fernsehen, 26 000 Urlauber aus der DDR seien während des Tages wieder in ihre Heimat zurückgefahren. Am Sonntag hatte der ungarische Aussenminister Gyula Horn mitgeteilt, in seinem Land hielten sich noch 60 000 DDR-Bürger auf. Bereits 16 Stunden nach Öffnung der Grenzübergänge waren alle Lager in Ungarn geräumt gewesen, das in Zuglitz blieb aber bis Ende der Woche offen.



Ohne Worte (Copyright Cosmopress)

Freundschaftsgeste an die Nachbarschaft

In den Beziehungen zwischen der Schweiz und Liechtenstein, um deren gegenseitiges Verstehen wir uns bemühen, hat sich im abgelaufenen Jahr wenig geändert. Beide Staaten stehen vor der historisch bedeutsamen Aufgabe, ihr Verhältnis zum Europa von morgen neu zu überdenken. Diese Erklärung gab der Präsident der Gesellschaft Schweiz-Liechtenstein, Dr. Alfred Hilbe, an der Mitgliederversammlung – wie bereits in der gestrigen Ausgabe berichtet – ab. Die Gesellschaft bemüht sich nach seinen Worten weiterhin um die Pflege und Förderung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Bewohnern beider Nachbarstaaten.

Zu einer besonderen Freundschaftsgeste wird es aufgrund eines Antrages von Emanuel Vogt, alt Gemeindevorsteher von Balzers, kommen. In einem engagierten Votum stellte er vor der Versammlung fest, dass vor fünfzig Jahren die Generalmobilmachung in der Schweiz stattgefunden habe und dies ein besonderes Gedenken auch für die Gesellschaft Schweiz-Liechtenstein erwarten lasse. Emanuel Vogt unterstrich, dass gerade die Liechtensteiner in Achtung und Anerkennung und mit Dank jener schwierigen Zeit gedenken sollten, als die Schweizer sich zum Einsatz für Freiheit und Unabhängigkeit sammelten, wovon letztlich auch Liechtenstein profitierte. Nach seinen Worten kam uns auch die geistige Landesverteidigung der Schweiz zugute und habe den Liechtensteinern Mut gemacht. Ebenso habe die Schweiz damals die Lebensmittelversorgung unseres Landes gewährleistet.

Für Emanuel Vogt ist nach seinen Ausführungen eine Selbstverständlichkeit, dass Liechtenstein in irgendeiner Form in Achtung und Anerkennung dieser Zeit, des Schweizer Volkes und der Armee gedenkt. Er regte deshalb an, im Rahmen der Schriftenreihe der Gesellschaft Schweiz-Liechtenstein dieser Zeit zu gedenken. Aufgrund dieses Vorstosses nahm die Versammlung die Anregung auf, ein Gedenkschreiben des Dankes und der Anerkennung an die schweizerische Bevölkerung und der Armee an den Bundesrat zu richten.

St. Gallen: Kurse für Analphabeten

St. Gallen (spk) Staatliche Unterstützung für funktionale Analphabeten im Kanton St. Gallen: Der Regierungsrat hat einen Nachtragskredit von 16 400 Franken bewilligt für die Durchführung eines Lese- und Schreibkurses für erwachsene, normalbegabte Menschen, denen zum Beispiel die früher erworbenen Kenntnisse aus Übungsmangel abhanden gekommen sind.

Das Problem des «Neoanalfabetismus» beschäftigt auch die Schweiz in zunehmendem Masse.

